

1893

B. C. Berlin, 15. Nov. Die Rittersgutsbesitzer Freiherr v. Malcan = Ganschendorf, v. Seyden = Lindau = Gehnow, Weichelt zu Rausendorf, v. Schwerin = Sohen = Brünzow, Fabrikbesitzer Lorenz zu Demmin, Administrator Preuß zu Borrentin und Rittersgutsächter Fehr v. Malcan zu Roidin waren der Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil sie in Versammlungen des Landwirthschaftlichen Vereins zu Demmin, wo öffentliche Angelegenheiten erörtert wurden als Redner aufgetreten waren, ohne daß von den betreffenden Versammlungen die im § 1 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1880 vorgeschriebene Anzeige an die Ortspolizeibehörde zu Demmin erstattet war. Das Schöffengericht hatte unter Annahme der bonafides der Angeklagten auf Freisprechung, die Strafkammer zu Greifswald aber auf Verurtheilung der Angeklagten zu 15—20 Mark Strafe erkannt. Das Berufungsgericht ist zwar gleicher Ansicht mit dem Vorderrichter, daß der § 21 des Vereinsgesetzes auf die in Rede stehenden Versammlungen keine Anwendung findet, erachtet aber doch die zur Freisprechung führenden Gründe für verfehlt. Die Angeklagten wollen — so wird unter Anderem in der Entscheidung ausgeführt — sich in gutem Glauben befinden haben, daß die Anmeldung zu den einzelnen Versammlungen nicht erforderlich sei, da kurz nach Gründung des Vereins dessen damaligem Vorstände von der Polizeibehörde zu Demmin die Auskunft geworden sei, es bedürfe der Anmeldung der Versammlungen nicht, wobann eine solche auch nie erfolgt sei. Daß aber eine derartige polizeiliche Auskunft, von der gesetzlichen Anzeigepflicht nicht zu entbinden vermag, bedarf keiner weiteren Ausführung, das Vorbringen der Angeklagten erscheint aber auch nicht einmal geeignet, den angeblichen guten Glauben zu begründen, daß auch von den hier in Rede stehenden Versammlungen, in welchen über die Besteuerung der Landwirthschaft und die in Berlin stattgehabte Versammlung des „Bundes der Landwirthe“ referirt wurde, keine polizeiliche Anmeldung zu machen sei, denn wenn es auch richtig ist, daß Versammlungen landwirthschaftlicher Vereine, welche nur das materielle Wohl ihrer Mitglieder zu fördern bestimmt sind, der Vorschrift des § 1 des Vereinsgesetzes nicht unterliegen so folgt doch daraus noch keineswegs, daß solche, welche über jene Grenze hinaus auch öffentliche Angelegenheiten in den Kreis ihrer Beratungen ziehen, der Anzeigepflicht entzogen sind. Aber auch der angebliche Irrthum der Angeklagten ist für die Strafbarkeit unerheblich, weil es sich nicht um einen thatsächlichen, sondern um einen strafrechtlichen Irrthum handelt. — Hiergegen legten die Angeklagten Revision bei dem Kammergericht ein, wo ihr Mandatar Rechtsanwalt Müller aus Demmin in sehr eingehendem Plaidoyer ausführt, daß die Bestimmungen des Vereinsrechts in der preussischen Verfassung auf die vor Erlaß derselben konstituirte gewesenen Vereine keine Geltung hätten. Speziell die landwirthschaftlichen Vereine seien durch Edikt vom Jahre 1811 von der Regierung zu dem Zwecke ins Leben gerufen worden, ersterer eine kompetente Stelle zur Information über die für den Staat so wichtige Landwirthschaft und deren Bedürfnisse zu gewähren. Man müsse also in diesen Vereinen, deren Verhältnis zu den Dekonomenkollegien staatlich geregelt sei,
